

Wahlkämpfe künftig übers Internet

CDU-Kreisparteitag beleuchtet „Wandel der Gesellschaft“ hinsichtlich Internet, Ehrenamt und Integration

Digitale Revolution, Ehrenamt und Integration – diese Fragen diskutierte die CDU am Freitagabend bei ihrem Kreisparteitag. CDU-Kreisvorsitzende Dr. Inge Gräßle und Landtagsabgeordneter Bernd Hitzler begrüßten als Referenten den Schwäbisch Haller Polizeichef Günther Freisleben, Hans Althammer vom SV Mergelstetten und die gebürtige Afrikanerin Alexandra Stütz.

RALF LANZINGER

Freisleben prognostizierte, dass die nächste Bundestagswahl über das Internet entschieden werde. Der Fraktionsvorsitzende im Heidenheimer Gemeinderat und Internetbeauftragte der CDU Baden-Württemberg, Uwe Wiedemann, erklärte, die CDU habe zu wenig Ehrenamtliche, die sich um die Kommunikation im Internet und in sozialen Netzwerken kümmern. Insgesamt sollen die digitalen Aktivitäten weiter ausgebaut werden.

Das Internet und das große Freizeitangebot sind laut Hans Althammer, dem langjährigen ehemaligen Vorsitzenden des SVM, mit die Ursache dafür, dass ehrenamtliches Engagement nicht mehr gesellschaftlicher Konsens sei. „Ich habe früher keinen Grundschullehrer gekannt, der nicht einen Kirchenchor leitete oder im Sport-, Musik- oder Gesangsverein aktiv war“, erzählte Althammer. Auch die zunehmende Flexibilität im Beruf erschwere ehrenamtliches Engagement. Dennoch ist Alt-



Unter das Motto „Wandel der Gesellschaft“ stellte die CDU ihren Kreisparteitag im „Bellinis“ (von links): CDU-Kreisvorsitzende Dr. Inge Gräßle MdEP, Hans Althammer (SV Mergelstetten), Alexandra Stütz (Heidenheim), Landtagsabgeordneter und stellvertretender Kreisvorsitzender Bernd Hitzler und Günther Freisleben (Leiter Polizeidirektion Schwäbisch Hall). Foto: rla

hammer um die Zukunft des Ehrenamtes nicht bange: „Es wird das Ehrenamt weiterhin geben, aber in anderer Form, als ich das machen durfte“, so Althammer.

Über den gesellschaftlichen Wandel im Hinblick auf Integration berichtete Alexandra Stütz. Die Afrikanerin kam 2001 aufgrund eines Stipendiums von Uganda nach Deutschland. Parallel zu einem Sprachintensivkurs absolvierte sie ein Praktikum im Kindergarten. Später legte sie an der Dualen Hochschule ein Studium zur Diplom-Sozialpädagogin ab. Sie arbeitet heute beim

Tagesmütterverein. Sprache sei der Schlüssel zur Integration, erklärte die mit einem Heidenheimer verheiratete 33-Jährige. „Ich habe Heidenheim als meinen Lebensmittelpunkt gewählt und lebe hier glücklich mit meiner Familie“, so die Afrikanerin. Doch bevor sie sich in Deutschland heimisch fühlen konnte, haben sie negative Erfahrungen durch Beleidigungen machen müssen. Bei Bewerbungen sei sie benachteiligt worden. „Einige Unternehmen sortierten meine Bewerbung von Anfang an aus, weil sie sich aufgrund meiner

Hautfarbe nicht vorstellen konnten, dass ich deutsch spreche.“

Europaabgeordnete Dr. Inge Gräßle sprach über die finanzpolitischen Umwälzungen. Nur wenn die Euroländer ihre Wettbewerbsfähigkeit verbesserten und den Mut fänden, in den Leistungswillen der Menschen zu vertrauen, könne die Eurozone zusammen bleiben. Die Politikerin sprach sich gegen Eurobonds, Altschuldenfonds sowie gegen eine Bankenunion aus und sicherte volle Unterstützung für den Kurs von Angela Merkel zu. „Wir sind nicht der Zahlmeister

Europas“, erklärte Gräßle und warnte vor einer Überforderung Deutschlands sowie weiterer Verschuldungen in den EU-Staaten.

Landtagsabgeordneter Bernd Hitzler erklärte, die CDU habe als Oppositionspartei inzwischen Tritt gefasst. Jedoch wirke der EnBW-Deal negativ nach. Andererseits sei die jetzige Landesregierung weder personell noch sachlich optimal aufgestellt. Mehrere Minister seien schon schwer angeschlagen. Grün-Rot gelinge es trotz Rekordsteuereinnahmen nicht, auch nur einen Cent zum Schuldenabbau zu verwenden. Stattdessen wolle man sogar Steuererhöhungen über den Bundesrat durchsetzen. In der Bildungspolitik würden außer der Gemeinschaftsschule alle anderen Schularten vernachlässigt. Inzwischen sei die Lehrerversorgung auch im Kreis Heidenheim so schlecht wie noch nie. Auch die Polizeireform, aus der Heidenheim geschwächt hervorgehe, werde nichts bringen. Die versprochene Personalverstärkung auf allen Revieren könne nur mit Neueinstellungen und nicht durch Umschichtung erreicht werden.

Der Kreisparteitag verabschiedete Anträge für den Landesparteitag am 21. Juli in Karlsruhe: Einführung einer Drei-Prozent-Sperrklausel für das Europawahlgesetz, gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort (Zeitarbeit), verbindliche Lohnuntergrenze für Bereiche, in denen ein tarifvertraglich festgelegter Lohn nicht existiert (Mindestlohn) sowie die Verhinderung von Missbrauch bei befristeten Arbeitsverhältnissen.